

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 62 (1983)
Heft: 5

Artikel: Arbeitslosigkeit und Umweltkrise : Wirtschaftspolitische Alternativen
Autor: Steiger, Alois
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339993>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wirtschaftspolitische Alternativen

Von Alois Steiger, St. Gallen

Inzwischen weiss es jeder: wir stecken in der grössten Finanz- und Wirtschaftskrise seit den 30er Jahren. Wir haben Arbeitslosigkeit und Geldentwertung zugleich, man redet vom Staatsbankrott, die Umweltsituation verschlechtert sich zunehmend. Die westlichen Industrieländer weisen im Durchschnitt eine über zehnprozentige Arbeitslosenrate auf, weit über 30 Millionen Beschäftigte sind davon betroffen. Wir sind in diese Krisen-Situation hineingeschliddert, ohne dass die Nationalökonomie darauf auch nur im geringsten vorbereitet gewesen wäre. Deswegen ist die heutige Wirtschaftskrise zugleich auch die Krise der ökonomischen Theorie und ihrer traditionellen wirtschaftspolitischen Rezepte.

Leerläufe mit Kostenexplosion bis zur Krise

Das Konkurrenzsystem und das oberste Ziel des wirtschaftlichen Wachstums haben uns eine irrsinnige Verschleisswirtschaft mit volkswirtschaftlichen Leerläufen von noch nie dagewesenem Ausmass gebracht. Seit den 60er Jahren schon können viele Produkte nur noch mit unverhältnismässig grossem Aufwand und in aufwendigsten Lockvogelverpackungen an die Konsumenten gebracht werden. Bei vielen Gütern des täglichen Bedarfs sind Werbe- und Verpackungskosten bald grösser als das Produkt wert ist. Ein Familienvater mit zwei Kindern muss heute in der Schweiz einen ganzen Monat pro Jahr arbeiten, nur um die Kosten für die Werbung, Aufmachung und Verpackung

der Produkte bezahlen zu können, die er während des Jahres mit seiner Familie konsumiert. Allein der Abfallberg der Haushalte stieg von 1,1 Mio Tonnen im Jahr 1971 auf 1,8 Mio Tonnen im Jahr 1977. Gegenwärtig verdoppelt er sich alle acht Jahre. Dazu kommt eine Umweltzerstörung sondergleichen. Wenn man alle Kosten der Umweltzerstörung (Umweltschutzkosten und Umweltschäden) zusammenrechnet, die man heute bereits messen kann, dann kommt man bis auf neun Prozent des Sozialproduktes. Wohlgemerkt: Das sind bei weitem nicht alle Umweltschäden, das ist nur jener kleine Teil, der nach heutigem Stand der Wissenschaft gemessen werden konnte!

Ins gleiche Kapitel gehören die Gesundheitsschäden, die die heutige Art des Lebens mit sich bringt. Zum Teil sind sie Folge der Umweltzerstörung, zum Teil Folge des gestressten Lebens am Arbeitsplatz. In den meisten grösseren Schweizer Städten hat heute die Luftverschmutzung die gesundheitlich tolerierbaren Grenzwerte um das Mehrfache überschritten. Wundert sich da noch jemand, dass in den letzten fünf Jahren die Erkrankungen der Atmungsorgane jedes Jahr um 25 Prozent zugenommen haben, oder dass in Mitteleuropa der Kinderkrebs die zweithäufigste Todesursache für Kinder ist?

Sinkende Lebensqualität, Protest und Ruf nach dem Polizeistaat

Die Lebensqualität sinkt vor allem in den städtischen Agglo-

merationen. Immer mehr Leute zweifeln am Sinn der bisherigen Entwicklung. Protest wird laut. Jugendunruhen kosten einzelne Städte zweistellige Millionenausgaben. Je weniger zur Ursachenbekämpfung dieser Phänomene getan wird, um so lauter wird der Ruf nach dem Polizeistaat. Die Stadt Bern gibt zum Beispiel jeden Tag 2000 Franken aus, um den «Reitstall», das Jugendzentrum, das sie geschlossen hat, von Polizisten mit Maschinenpistolen bewachen zu lassen..., als ob dieses Geld für die Bedürfnisse der Jugend nicht sinnvoller ausgegeben werden könnte! Oder die auf immer grösseren Widerstand der Bevölkerung stossenden Atomkraftwerke sollen gewaltsam durchgesetzt werden. Bei der Grossdemonstration gegen das Atomkraftwerk Brokdorf hatten die Deutschen 10 000 Polizisten mit Schützenpanzern und Wasserwerfern aufgeboten und für diesen zweitägigen Einsatz zugunsten von Ruhe und Ordnung 20 Millionen Mark aufgewendet.

Arbeitslosigkeit trotz Wachstum

Der technische Fortschritt und der zunehmende Energieeinsatz setzen Arbeitskräfte frei. Die Konkurrenz mit weltweit tätigen Grossunternehmen, die vor allem Billiglohnländer ausnutzen, hat die einzelnen Unternehmen dazu gezwungen, mit immer mehr Maschinen- und Energieeinsatz, mit Einsatz der höchsten Technologie, wie Mikroprozessoren und Industrierobotern, ihre Produkte mit immer weniger Arbeitskräften herzustellen. Von dieser

zweiten technischen Revolution ist nun die ökonomische Theorie völlig überrannt worden. Als ob nichts passiert wäre, baut sie ihre Strategie weiterhin nur auf marktkonformen Massnahmen und auf der Wachstumsförderung auf. Plötzlich ist sie jetzt am Ende ihres Lateins. Gerade weil der Ausweg aus der Ölschockrezession im wirtschaftlichen Wachstum gesucht wurde, das mit Konjunkturspritzen in Milliardenhöhe wieder angekurbelt wurde, in Deutschland z. B. von Bund, Ländern und Gemeinden zusammen in den Jahren 1975 bis 1978 im Ausmass von 178 Milliarden DM, war infolge der damit geschaffenen industriellen Überkapazitäten die jetzige Arbeitslosigkeit unvermeidlich. Und selbst dann, wenn die Wirtschaft weiterhin wächst, wird es in den westlichen Industriestaaten weiter neue Arbeitslose geben, weil eben die zunehmende Gütermenge infolge der weiteren Rationalisierungsmassnahmen und dank vermehrtem Energieeinsatz mit immer weniger Leuten hergestellt werden kann. Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der deutschen Bundesanstalt für Arbeit wird das Arbeitslosenproblem selbst bei einem völlig unrealistischen jährlichen Wachstum von vier Prozent, bis zum Jahre 1990 seine heutige Dimension beibehalten. Lediglich ein gigantisches längerfristiges Wachstum von 6,5 bis 7 Prozent jährlich könnte eine Besserung der Arbeitsmarktlage bringen. So ein Wachstum wurde nicht einmal in der Hochkonjunktur erreicht. Es würde eine Verschleisswirtschaft mit sich bringen, in der alle 10 Jahre doppelt so viele Güter gekauft werden müssten, selbst von denjenigen, die schon genug haben und nicht mehr wissen, wohin mit den Dingen.

Drei Viertel aller Investitionen sind heute Rationalisierungsinvestitionen, die jährlich 5 bis 6 Prozent der Beschäftigten in der Industrie überflüssig machen. Im Bürosektor rechnet man damit, dank elektronischer Anlagen bis Ende dieses Jahrzehnts jeden dritten Arbeitsplatz wegrationalisieren zu können.

Falsche Theorien mit unbrauchbaren Rezepten

Angesichts dieser Entwicklung versagen alle traditionellen wirtschaftspolitischen Rezepte: die der Keynesianer, wie diejenigen der Monetaristen und der reaktionären Angebotstheoretiker:

● *Die Keynesianer* sehen das Heil im wirtschaftlichen Wachstum, das sie mit Konjunkturspritzen zur Investitionsförderung ankurbeln wollen, wobei Budgetdefizite im Staatshaushalt in Kauf genommen werden. Abgesehen von den inflationären Folgen blieben die Beschäftigungswirkungen aus, weil diese Gelder letztlich nur die weitere Rationalisierung gefördert haben.

● *Die Monetaristen* lehnen diese Fiskalpolitik ganz ab. Sie haben der kranken Wirtschaft aber eine Rosskur mit drastischen Geldmengeneinschränkungen und Kreditverkürzungen zur Inflationsbekämpfung verschrieben, was der westlichen Welt bekanntlich die Hochzinspolitik beschert hat. Diese hat ausgehend von Amerika dazu geführt, dass die Wirtschaft selbst nicht mehr investiert hat, weil das Geld im Finanzsektor durch Geldanlagen und Spekulationen auf dem Kapitalmarkt viel leichter verdient werden konnte. In Deutschland hatte z. B. Daimler-Benz 1981 aus dem Finanzgeschäft grössere Erlöse erzielt als aus dem Autoverkauf. So was hat es bisher noch nie gegeben!

● Eine Variante des Monetarismus bieten die sogenannten *Angebots-theoretiker*, die Ronald Reagan und Margret Thatcher beraten. Diese schlagen praktisch einen *wirtschaftspolitischen Salto mortale* vor, indem sie auf Konzepte zurückgreifen, die bereits in den 30er Jahren erfolglos ausprobiert wurden. Nach ihnen soll der Staat alles tun, um den Unternehmern, also der Angebotsseite, das Wirtschaften wieder attraktiver zu machen. *Die Reichen sollen steuerlich bevorzugt werden*, damit sie mehr investieren, *die Löhne sollen gedrückt werden*, damit die Preise sinken und die Inflation zurückgeht, *alle Staatsausgaben* ausser den Militärausgaben sollen *drastisch gekürzt werden*, damit die Budgets wieder ausgeglichen werden und die hohen Zinsen fallen.

Abgesehen vom *sozialpolitischen Kahlschlag* (Alters- und Krankenvorsorge, Bildungschancen, sozialer Ausgleich etc.) und der Rückstutzung der Umweltsanierungen zugunsten frühkapitalistischer Produktionsmethoden haben gerade diese wirtschaftspolitischen Rezepte die Wirtschaftskrise drastisch verschärft. Spätestens seit Keynes sollten doch Reagan und seine Berater wissen, dass man nicht ungestraft jährlich Sozialausgaben um 120 Milliarden Dollar «einsparen» kann, weil infolge des dadurch bewirkten Nachfrageausfalls die Wirtschaft weniger absetzen und am Investieren gar keine Lust mehr haben kann. Die Amerikaner haben inzwischen die höchste Arbeitslosigkeit seit 40 Jahren, ihre Industrie ist nur noch zu 66 Prozent ausgelastet. Nun will auch der deutsche Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff ganz ähnliche Konzepte in die Tat umsetzen: auch er will mit einem sozialpolitischen Kahlschlag die am Boden liegende Wirtschaft sanie-

ren. Die Logik ist immer dieselbe: als ob die Leute weniger krank würden, wenn man den Kranken auch noch die Spitalzulagen streicht..., als ob die Mieten und die Lebensmittel für die älteren Leute billiger würden, wenn man ihnen die Renten kürzt. Oder rechnet man etwa damit, dass es dann mit der Zeit weniger alte Menschen gibt? Es wird kein einziger neuer Arbeitsplatz geschaffen, wenn man denen, die bereits arbeitslos sind, auch noch die Taggelder kürzt!

Wirtschaftspolitische Alternativen erforderlich

Zur Bewältigung dieser Wirtschaftskrise müssen *ganz neue und zum Teil auch unkonventionelle Lösungen* angestrebt werden, die die Probleme bei der Ursache angehen. So sollten die indirekten Steuern strikt nach dem Verursacherprinzip ausgestaltet und zusätzliche Lenkungsabgaben eingefordert werden, indem umweltschädigende Produkte mehr besteuert und Produkte, die sehr viel Energie- und Rohstoffverschleiss mit sich bringen, durch einen entsprechenden Steuerzuschlag verteuert werden, sodass umweltfreundliche Güter und Produktionsverfahren sowie Produkte, die mit weniger Energie, dafür aber mit grösserem Arbeitseinsatz hergestellt werden, einen entscheidenden Preisvorteil erhalten. Wenn so jeder für alle Folgekosten und Schäden, die er verursacht, aufkommen muss, werden nicht nur der Staatshaushalt, sondern auch all die Konsumenten finanziell entlastet, die sich umweltfreundlich verhalten. Und die Unternehmer wären motiviert, umweltfreundliche Produkte zu entwickeln und zu produzieren. Des weiteren sollte eine *Gewichtsverlagerung von den bisherigen personellen Einkommenssteuern hin zu Kapi-*

tal- und Maschinensteuern vorgenommen werden. Auch das wäre ganz nach dem Verursacherprinzip. Denn es ist nicht einzusehen, warum eine Unternehmung, die mit Rationalisierungsmassnahmen Leute auf die Strasse setzt, nicht auch für die ausgefallenen Steuern und Sozialversicherungsbeiträge der nunmehr Arbeitslosen aufkom-

Alois Steiger, Dr. oec. St. Gallen

- Mitverfasser des NAWU-Reportes zu Arbeitslosigkeit und Umweltkrise (Binswanger, H.C., u.a. Hrsg., Wege aus der Wohlstandsfalle, Fischer-Alternativtaschenbuch, Frankfurt a.M., 3. Auflage 1980
- Verfasser von: Sozialprodukt oder Wohlfahrt? Kritik am Sozialproduktkonzept. Die sozialen Kosten der Umweltzerstörung. Rügger-Verlag Diessenhofen 1979 sowie
- Das Sozialprodukt — falscher Massstab und falsches Ziel, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland. Information Nr. 5, Freiburg i.Br. 1980.

men sollte. Damit wären endlich *arbeitsintensive Klein- und Mittelbetriebe* in ihrem langfristig aussichtslosen Konkurrenzkampf mit kapital- und energieintensiven Grossbetrieben *geschützt*.

Des weiteren sollten *gezielte Strukturbereinigungs- und Binnenwirtschaftsförderungsprogramme* in Angriff genommen werden. Im Sinne eines nationalen Programms sollten Schwerpunkte im Hinblick auf eine wünschenswerte Entwicklung eingesetzt werden: Ausbau des öffentlichen Verkehrs, Vorziehung von Umweltschutzpro-

grammen, Stadtanierungen, Bau von Fussgänger- und Radwegen, Förderung des sozialen Wohnungsbaus, Förderung von Dorf- und Quartierläden, gezielte Unterstützung nicht-industrieller, arbeitsintensiver landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe, Energiesparprogramme, bessere Gebäudeisolation, dezentrale Gesamtenergieanlagen, Generatorenanschlüsse an die Ölheizungen zur Nutzung der Abwärme der Heizanlagen in Mehrfamilienhäusern und Industriebetrieben, Einsatz von Wärmepumpen und Wärmespeichern zur Nutzung der Abwasserwärme, Einbau von Thermostaten und Wärmezählern für die individuelle Heizabrechnung in Mietwohnungen oder Aufstellen von Sonnenkollektoren zur Vorwärmung des Wassers.

Letztere Massnahmen würden nicht nur helfen, mehr Energie zu sparen, als alle unsere bestehenden und geplanten Atomkraftwerke produzieren, sondern sie wären auch viel billiger und würden uns vom Ausland unabhängiger machen. Darüber hinaus wäre für dezentral verteilte Arbeitsplätze bis weit ins nächste Jahrhundert hinein gesorgt.

Leerläufe vermeiden, weniger arbeiten, besser leben!

Immer dringlicher stellt sich die Frage, ob es überhaupt einen Sinn hat, eine immer grössere Menge an Material zu produzieren, nur damit die Leute beschäftigt sind. Sicher nicht! Eine vernünftige Lösung muss darauf hinauslaufen, die riesigen volkswirtschaftlichen Leerläufe zu reduzieren, um weniger arbeiten zu müssen und besser leben zu können. Auch in bezug auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sprechen die Berechnungen der deutschen Bundesanstalt für Arbeit eine deutliche Sprache: Ohne dass

von 1973 bis 1979 die Arbeitszeit gesenkt worden wäre, hätten die Deutschen heute über eine halbe Million mehr Arbeitslose. Und wird die Arbeitszeit weiterhin nur im gleichen Tempo gesenkt wie im vergangenen Jahrzehnt (zwei Drittel Prozent jährlich), so ist im Jahre 1985 mit 1,5 Millionen mehr Arbeitslosen zu rechnen als bei einer jährlichen Verkürzung um zwei Prozent, was etwa knapp eine Wochenstunde jährlich ausmacht. Oder anders gesagt: Würden alle Bundesbürger eine Stunde in der Woche weniger arbeiten, könnten bei einem Wirkungsgrad von 50 Prozent 300 000 neue Leute beschäftigt werden. Die 35-Stundenwoche könnte also längst verwirklicht werden!

Die Schweizer Arbeitnehmer arbeiten jetzt schon ungerechnet einen ganzen Monat länger als ihre deutschen Kollegen und auch viel länger als die Amerikaner. Eine der wichtigsten Strategien wäre auch *wenigstens die Teilzeitarbeit für diejenigen zu ermöglichen, die das wünschen* und dafür weniger sinnlose Produkte kaufen möchten. Nur durch eine Arbeitszeitstrategie kann man das grosse Paradox lösen, dass immer mehr Leute arbeitslos werden und die andern sich dafür

halb zu Tode arbeiten müssen. *Durch Umverteilung der Arbeit können Milliardenbeträge in Form von Arbeitslosengeldern eingespart werden, ebenso, wie durch Vermeidung der Umweltzerstörung Milliarden eingespart werden können*, die sonst in Form von Umweltschäden anfallen. Es könnten Gesundheitsschäden infolge körperlicher und psychischer Krankheiten sowie als Folge von Unfällen wiederum in Milliardenbeträgen eingespart werden, wenn man die Arbeitsbedingungen humaner machen und den Stress am Arbeitsplatz drastisch reduzieren würde, die Autofahrgeschwindigkeiten heruntersetzen und Fussgängerzonen und Velowege schaffen würde. Warum versuchen die etablierten Politiker nicht auf diese Weise, die Staatsverschuldung zu reduzieren? Man könnte weitere Leerläufe und Verluste infolge Werbung, Verpackung und künstlicher Veralterung der Produkte vermeiden! Es müsste versucht werden, die Produkte zu verbessern, mehr Arbeit in sie hineinzustecken, sie feiner auszuarbeiten, ihre Lebensdauer zu erhöhen und sie wieder reparaturfähig zu machen. Damit würde die ganze Materialschlacht reduziert. Die Leute könnten

Geld in grossem Ausmass einsparen und ihr bestehendes Einkommen für sinnvollere Sachen verwenden. Die *sinnlose Vergeudung der menschlichen Arbeitskraft würde gestoppt*. Der Mensch könnte sich wieder andern Tätigkeiten zuwenden:

Kindererziehung durch beide Eltern, nicht immer nur durch die Mutter. Sinnvollere Freizeitgestaltung. Man hätte endlich Zeit, darüber nachzudenken, was man mit der Zeit machen will, statt die ganze Freizeit mit Frustrationskonsum totzuschlagen. Lehrlinge könnten länger und besser ausgebildet werden, nicht nur in den Berufsfächern, sondern auch in andern Dingen, die es zum Leben braucht und die schön sind.

Nur auf diese Weise können die krassen Bildungsunterschiede abgebaut werden. Nicht nur die Politiker, alle sind aufgerufen, über die grundsätzlichen Entwicklungsrichtungen unserer Gesellschaft nachzudenken, darüber öffentlich zu diskutieren und eine sinnvolle Strategie auszuarbeiten. Noch nie hatte die Menschheit diese technischen Möglichkeiten! Welche Welt wir morgen haben wollen, darf nicht mehr ausschliesslich in den Konzernleitungen entschieden werden.

Wer macht die Erdölpreise?

Von Wilhelm Kriescher

Seit den beiden Erdölpreisschocks von 1973 / 74 und 1979 / 80, die den Ausbruch von Rezession und Weltwirtschaftskrise (mehr als 32 Millionen Arbeitslose im OECD-Raum) beschleunigten und ver-

schärften, ist der Ölpreis zu einem Faktor des internationalen Finanzsystems geworden. Die Preisausschläge auf dem Ölmarkt beeinflussen direkt oder indirekt Handelsbilanzen, Wechselkurse, Inflations- und

Zinsraten, also die Weltkonjunktur mit ihrem gefährlichen Problem der internationalen Verschuldung. Die kapitalistische Weltwirtschaft (Industrie- und Entwicklungsländer) ist heute in einem gigantischen Schuldennetz gefangen, dessen Ausmass (unter Einbezug der COMECON-Verschuldung) schätzungsweise 850 Milliarden Dollar beträgt. In die Finanzierung dieses Schuldenbergs, Folge und zugleich teilweise Ursache der anhaltend hohen Ölpreise, floss über die internatio-